

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Beate Müller-Gemmeke, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/658 –**

### **ELENA aussetzen und Datenübermittlung strikt begrenzen**

#### **A. Problem**

Sofortige Aussetzung der Datenübermittlung im Rahmen des elektronischen Entgeltbeweises (ELENA) und Einbringung eines Gesetzentwurfs: Begrenzung der Datenübermittlung, Ausschluss wertender und datenschutzrechtlich bedenklicher Angaben, Information der Betroffenen, Beteiligung des Bundesdatenschutzbeauftragten, Anhörung der Gewerkschaften, Aktualisierung und Evaluierung der Kosten.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/658 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2010

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Kai Wegner**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Kai Wegner

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/658** in seiner 27. Sitzung am 4. März 2010 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ein gut gestalteter elektronischer Entgeltnachweis könne einen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten. Bei der Übermittlung von Beschäftigendaten des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) sei es jedoch, so die Antragsteller, auch zur Übermittlung sensibler Daten wie den Angaben zu Streiks und Aussperrungen gekommen. Dies mache eine gründliche Überprüfung des Systems erforderlich.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung unter anderem auf

- die Datenübermittlung von ELENA auszusetzen,
- bis zum Ende des ersten Quartals 2010 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ELENA auf das für die Entbürokratisierung notwendige Maß begrenzt und
  - das Übermaß der Daten begrenzt,
  - ausschließt, dass wertende Angaben übermittelt werden sowie
  - den Beschäftigten auf Wunsch mitzuteilen, welche Informationen übermittelt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/658 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage 17/658 in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Stimme aus der Fraktion der SPD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/658 zu empfehlen.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage 17/658 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/658 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage 17/658 in seiner 14. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/658 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage 17/658 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/658 zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/658 in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** erklärten, die jetzt laufende Überprüfung der Daten von ELENA sei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Telekommunikationsüberwachungsgesetz zurückzuführen.

Man hoffe jedoch, dass mit der Einführung sehr hoher Sicherheitsstandards, die man bei ELENA implementiert habe, das Urteil keine Auswirkungen notwendig machen werde. Man sei der Überzeugung, dass ELENA ein sehr gutes Verfahren sei, an dem man gemeinsam weiterarbeiten solle.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalte wichtige Punkte, von denen die meisten durch Regierungshandeln bereits umgesetzt seien. Die Koalitionsfraktionen werden weiter an Korrekturen arbeiten müssen, insbesondere was kleine und mittelständische Unternehmen angehe. Wenn man das Verfahren zum Erfolg führen wolle, dann solle man dafür Sorge tragen, dass alle Unternehmen sich an diesem Verfahren beteiligen müssen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die Bundesregierung habe bereits Korrekturen am ELENA-Verfahren durchgeführt, bevor der Antrag gestellt worden sei. Man sei ebenfalls der Meinung, dass bei ELENA alle Unternehmen mitmachen müssten, sonst mache das System keinen Sinn. Kleine Unternehmen müssten bereits heute bestimmte Daten nach dem Sozialgesetzbuch übermitteln, die ebenfalls von ELENA genutzt werden, deswegen könne man das Problem der KMU mit ELENA nicht nachvollziehen.

Die **Fraktion der FDP** befürwortete den Vorstoß der Regierung, ELENA zu überprüfen. Dabei solle die Länge des Datensatzes und die Übermittlung nach Effektivitätsgesichtspunkten überdacht werden. Man solle ELENA aber nicht komplett aussetzen, da auch kleine und mittelständische Unternehmen in die neue Software investiert haben. Man solle den mittelständischen Unternehmen nur entgegenkommen, in dem man ELENA verschlänke und den Betrieben ermögliche, flexibler mit ELENA zu arbeiten, denn ein Unternehmen, was nur wenige Datensätze im Jahr übermittle, brauche keine so umfangreiche Software.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, man wolle ELENA zum Erfolg führen, deshalb werden im Antrag auch notwendige Verbesserungen gefordert. Man fordere, dass keine wertenden Aussagen mehr über Arbeitnehmer im System gespeichert werden und dass die Arbeitnehmer die

Möglichkeit erhalten, zu erfahren, was über sie in ELENA gespeichert werde. Es sei unabdingbar, dass Gewerkschaften und der Bundesdatenschutzbeauftragte mitreden darüber, welche Daten übermittelt werden. Man solle deshalb ELENA zunächst aussetzen, die Probleme lösen und erst danach das System einzuführen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/658 zu empfehlen.

Berlin, den 21. April 2010

**Kai Wegner**  
Berichterstatter